

Die Gemeinden haben nun Blut geleckert

Pensionskasse Der Abstimmungserfolg zeigt den Gemeinden, welche Macht sie gemeinsam haben

VON MICHAEL NITTAUS

Es war ein Satz, den Lukas Ott bloss so dahersagte – und der sogleich von Urs Hintermann und Mike Keller relativiert wurde. Doch dieser Satz verdeutlicht besser als alles andere, was für ein Selbstvertrauen die drei Gemeindepräsidenten von Liestal, Reinach und Binningen aus dem gestrigen Abstimmungssieg schöpfen: «Nach diesem überaus deutlichen Ja des Baselbieter Stimmvolks zu unserem Kompromiss, stellt sich natürlich schon die Frage, ob wir nicht doch auch die ursprüngliche Gemeindeinitiative durchgebracht hätten», sagte Ott im Gespräch mit der bz im Foyer des Liestaler Regierungsgebäudes.

Gemeinden machen SVP Angst

Zur Erinnerung: Der Rückzug der Initiative, die vom Kanton forderte, sämtliche Kosten der 236 der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) angeschlossenen Arbeitgeber von 907 Millionen Franken zu übernehmen, war Bedingung, damit der Landrat dem jetzt angenommenen Kompromiss überhaupt zustimmte. Auch wenn Hintermann ein «das ist jetzt spekulativ» einschob, bleibt vor allem eines haften: Dass gestern keine einzige der 86 Gemeinden die Änderung des Pensionskassengesetzes ablehnte und dass das Stimmenverhältnis mit 63 000 Ja zu 25 000 Nein sehr deutlich ausfiel, zeigt, dass dem Bürger das Hemd näher ist als die Jacke, er also das Wohl seiner Gemeinde über jenes des Kantons stellt. Denn schliesslich bürdet er dem Kanton damit 276 zusätzliche Millionen bei der BLPK-Sanierung auf (siehe Kasten).

Ott, Hintermann und Keller nehmen denn das Ergebnis vor allem als Startschuss wahr: «Das heute macht uns Mut. Wenn wir zusammenstehen, geht es vorwärts», so Hintermann. «Wir sind kampagnenfähig. Jetzt muss man uns als wichtige politische Kraft ernst nehmen», so Ott. Diese Botschaft gibt SVP-Präsident Oskar Kämpfer zu denken. Seine Partei war die Einzige, die sich für ein Nein starkmachte – ohne allerdings Ressourcen in einen eigentlichen Abstimmungskampf zu stecken. «Mir macht diese Machtdemonstration durchaus Angst», sagt er. Wenn die Gemeinden ihre Muskeln spielen liessen, sei es für jede Partei schwer, dagegen zu halten. Kämpfer kann sich vorstellen, dass sogar die Ge-



Urs Hintermann, Lukas Ott und Mike Keller (v. l.) strahlen vor dem Regierungsgebäude um die Wette.

NIZ

meindeinitiative durchgekommen wäre: «Lukas Ott liegt nicht unbedingt falsch, wenn er die Gemeinden für unbesiegbar hält – leider.»

Zentralisierter Kanton in der Kritik

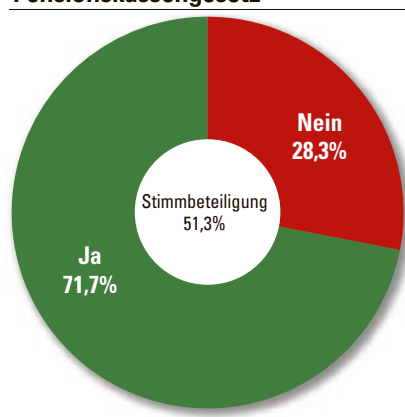
Kraft schöpft Kämpfer aus der Tatsache, dass von den rund 96 000 eingegangenen Stimmzetteln ganze 7300 leer eingelegt wurden. «Das zeigt, dass viele Leute verunsichert waren.» Und er hofft, dass sich die Gemeinden bei zukünftigen Themen nicht mehr so gut einigen können, um geschlossen in den Kampf zu ziehen.

Tatsächlich könnte es beim Finanzausgleich, den die drei Gemeindepräsidenten als nächste Baustelle ausmachen, schwieriger werden, bestehen doch klare Interessenkonflikte zwischen Geber- und Nehmergemeinden. Auch angepackt werden soll die generelle Aufgabenteilung: «Die Charta von Muttens muss zu einer Stärkung der Gemeinden führen. Wir wollen mehr Aufgaben übernehmen, die jetzt noch beim Kanton sind», sagt Keller. Das

mag Kämpfer kaum glauben: «Mit der heutigen Abstimmung haben die drei Herren ja gezeigt, dass sie genau das Gegenteil wollen: Immer mehr an den Kanton abschieben.» Der Kanton in Person des Finanzdirektors Anton Lauber bedauert derweil die nun wachsende Schuldenlast: «Ende Jahr müssen wir mit 3 Milliarden Franken rechnen.»

Kommentar rechts

Pensionskassengesetz



Das ist der Kompromiss

- Die Regierung bietet allen Arbeitgebern ein **Pooling** an, damit gemeinsam günstiger Geld am Markt aufgenommen werden kann. Zudem muss der Kanton gegenüber der Basellandschaftlichen Pensionskasse (BLPK) für alle 236 Arbeitgeber garantieren, dass die Forderungen erfüllt werden.
- Der Kanton muss à fonds perdu die **Deckungslücke der kommunal angestellten Lehrer** von 243 Millionen Franken übernehmen. Hinzu kommen 33,5 Millionen Franken für die Besitzstandsregelung, total also rund 276 Millionen Franken.
- Damit muss der Kanton von der **2,2-Milliarden-Sanierungslast der BLPK** nun 1,6 Milliarden Franken übernehmen. Die restlichen rund 600 Millionen Franken zahlen die 236 angeschlossenen Arbeitgeber – rund die Hälfte entfällt dabei auf die 86 Gemeinden. (MN)

Kommentar

von Michael Nittaus



Hochmut kommt vor dem Fall

■ Am Ende wurde es gar ein Erdrutschsieg. Dass die Mehrheit der Baselbieter Stimmbürger dem Wunsch der Gemeinden nachkommen würde, sie von einem Teil der Pensionskassen-Millionenlast zu befreien, war zu erwarten. Schliesslich wurde der Abstimmungskampf komplett den Befürwortern überlassen. Und das Ja zu diesem Kompromiss ist auch eindeutig der richtige Weg.

Doch die Deutlichkeit des Sieges scheint den Lancierern der ursprünglichen Gemeindeinitiative zu Kopf gestiegen zu sein. Anders ist es nicht zu erklären, dass Lukas Ott, Urs Hintermann und Mike Keller nun eine Drohkulisse anstatt Brücken aufbauen. «Jetzt muss man uns endgültig ernst nehmen» und «Das war erst der Anfang» helfen nicht wirklich dabei, das angespannte Verhältnis zum Kanton zu verbessern.

Selbstvertrauen ist gut. Aber die Gemeindevertreter dürfen den Bogen nicht überspannen. Zu gross sind die Herausforderungen, die Baselland – Kanton wie Gemeinden – in Zukunft erwarten. Und es ist ein Irrglaube, dass die Bevölkerung jede Begehrlichkeit ihrer Wohngemeinde an der Urne erfüllen wird. Denn so einfach wie bei den Pensionskassen-Millionen dürften die Gemeinden keine geschlossene Front mehr bilden können.

Gerade beim Finanzausgleich, der tatsächlich verbessert werden muss, klaffen die Wünsche der einzelnen Gemeinden weit auseinander. Die Geber wollen weniger zahlen, die Nehmer aber nicht weniger bekommen. Fertig Einheit. Wie so oft braucht es den Dialog. Hier ist auch der Kanton gefragt: Allzu lang hat die Regierung die Gemeinden klein gehalten. Das geht jetzt nicht mehr. Nur auf Augenhöhe wird man weitere gute Kompromisse erreichen.

michael.nittaus@azmedien.ch

Maler und Monteure dürfen nun ohne Zeitdruck parkieren

Gewerbeparkkarte 85,29 Prozent Ja-Stimmen sorgen für problemloses Handwerk in den Dorfzentren. Die KMU sind erleichtert.

VON BORIS BURKHARDT

Von einem «guten Tag fürs Gewerbe» sprach Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser gestern nach dem eindeutigen Ja (85,29%) für die Gewerbeparkkarte im Baselbiet. Der Kanton wird damit ab Jahresbeginn 2015 dem Gewerbe eine einheitliche Parkkarte anbieten: Für pauschal 100 Franken pro Jahr und Fahrzeug dürfen Servicefahrzeuge im ganzen Baselbiet während der Arbeit in der Blauen Zone unabhängig von der eigentlichen Höchstdauer vor Ort parkieren.

Das Konzept der Baselbieter Gewerbeparkkarte ist mit Basel-Stadt abgesprochen: Dort soll die Karte dann 200 Franken im Jahr kosten, die Parkkarte für beide Basel 450. Obwohl er «nicht viel anderes erwarten konnte», ist Buser erleichtert über das Ergebnis. Ein vier Jahre langer Prozess sei nötig gewesen, um sich

mit Basel-Stadt zu einigen. Wenn man die ursprüngliche Diskrepanz zwischen den 450 Franken für die existierende Parkkarte in Basel und den 100 Franken für die geplante Baselbieter Karte betrachte, sei der Kompromiss «schon ein Erfolg» für die Wirtschaftskammer und die zuständige Baudirektorin Sabine Pegararo. Durch die Halbierung der Gebühren profitiere nun auch Basel-Stadt vom Kompromiss.

Isaac Reber, als Sicherheitsdirektor ebenfalls für das Geschäft verantwortlich, freute sich gestern ebenso,

dass mit dem Ja «weitere Schranken in unserer Wirtschaftsregion» beseitigt worden seien. Im Herbst solle der Staatsvertrag mit Basel-Stadt geschlossen werden. «Unmittelbaren Handlungsbedarf» sieht Buser nun nicht. In der zweiten Jahreshälfte solle die Regierung aber weitere Abkommen den Nachbarkantonen Aargau und Solothurn sowie Südbaden

oder zumindest den grenznahen Gemeinden «in Angriff nehmen». Da schliesslich auch auswärtige Handwerker die Baselbieter Parkkarte kaufen können, müsse die Regierung «Gegenrecht einfordern, wo immer möglich», damit Baselbieter KMU in der Nachbarschaft nicht benachteiligt werden. Reber gab gestern klare Signale in diese Richtung.

Über die Gewerbeparkkarte musste im Baselbiet nur abgestimmt werden, weil die Verfassung angepasst werden muss: Der Kanton nimmt hoheitliche Aufgaben auf Gemeindestrassen wahr, wo sich die meisten Parkplätze in den Gemeinden befinden. Jede Veränderung der Verfassung erfordert eine Volksabstimmung.

Kommentar unten

Kommentar

von Boris Burkhardt

Christoph Buser darf sich nicht auf den Lorbeeren ausruhen

■ Das klare Ja zur Gewerbeparkkarte ist in der Tat ein «guter Tag» für das Baselbieter Gewerbe, allerdings alles andere als eine Überraschung. Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser darf diesen Erfolg für «seine» KMU nach vier Jahren Verhandlung durchaus geniessen. Damit brüsten kann er sich aber nur bedingt. Um einen niedrigeren Preis in Basel-Stadt hat er zwar erfolgreich gefeilscht, beim Konzept an sich war aber mit wenig

Widerstand zu rechnen: Alles andere als eine gemeinsame Parkkarte für beide Basel hätte die Wirtschaftsoffensive der Baselbieter Regierung unglaublich gemacht.

Im Gegenteil muss der KMU-Chef nun den Schwung dieser 85 Prozent nutzen, um den Erfolg für seine Klientel nicht zu trüben: Sollte das Baselbieter Gewerbe bald keinen Parkplatz mehr in der Agglo finden, weil dort bereits der Maler

aus Lörrach, der Installateur aus Möhlin oder der Caterer aus Dornach parkiert, könnte die pauschale Parkkarte schnell zur Enttäuschung werden. Eine baldige Einigung mit weiteren Nachbarn ist deshalb dringend anzugehen, damit überall die gleichen Regeln gelten. Aber auch hier dürfte Buser bei der Regierung offene Türen einrennen.

boris.burkhardt@azmedien.ch

Gewerbeparkkarte

